

Stadtrat Bern, 08.09.05

Motion Catherine Weber (GB): Ein Berner Partnerschaftsbuch, Punkt 1,

3. Fristverlängerung

Vortrag Beat Gubser (EDU)

Das Berner Partnerschaftsbuch zielt in die falsche Richtung

Ich bin mir bewusst, dass die Motion vom Stadtrat überwiesen wurde, und dass es sich lediglich um eine Fristverlängerung handelt. Trotzdem möchte ich die Gelegenheit für ein paar grundsätzliche Überlegungen zum Punkt 1, dem Partnerschaftsbuch, nutzen.

Das Partnerschaftsbuch verfolgt das Ziel, ich zitiere: „Die rechtliche Benachteiligung von nicht-ehelichen Partnerschaften ...(Aufzählung)... müssen aufgehoben werden“. Weiter kann man lesen: „als auch allen Menschen offen stehen, die sich – aus welchen Gründen auch immer – entschliessen, zusammen zu leben und für eine gewisse Zeit eine Gemeinschaft zu bilden“.

Es geht also darum beliebige, zeitlich begrenzte Lebensformen der Ehe rechtlich gleichzustellen.

Im Punkt 1 ist die Rede von einer „vorläufig symbolischen Registrierten Partnerschaft“. Das Wort vorläufig lässt erahnen, dass es sich bei diesem symbolischen Partnerschaftsbuch lediglich um einen Anfang handelt und sobald der erreicht sein wird, weitere Forderungen kommen werden.

Als Politiker haben wir eine Verantwortung für die langfristige Entwicklung der Stadt Bern. Wir müssen uns deshalb überlegen, welche Lebensformen speziell förderungswürdig sind. Ein wichtiges Kriterium scheint mir dabei die Verbindlichkeit zu sein. Der Mensch braucht Sicherheit und Konstanz in seinem Beziehungsumfeld. Das gilt für Erwachsene und besonders für Kinder. Förderungswürdige Lebensformen sollten somit einen langfristigen Anspruch haben, wie dies z.B. bei der Ehe der Fall ist. Wenn wir die Prioritäten nicht in diese Richtung setzen, werden auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die gesellschaftlichen Probleme wie zerrissene Familien, unvollständige Familien, Drogenmissbrauch, Gewalt, psychische Probleme, Selbstmord usw. weiter zunehmen. Parallel dazu werden natürlich auch die Sozialkosten weiterhin munter ansteigen. Wir sollten deshalb den Mut haben, entgegen dem Zeitgeist, aber für das Gemeinwohl zu handeln.

Das Berner Partnerschaftsbuch zielt leider genau in die falsche Richtung. Ich bitte deshalb Catherine Weber, auch vor dem Hintergrund des am 5. Juni angenommenen Partnerschaftsgesetzes, die Motion zurückzuziehen, respektive einen Antrag auf Abschreibung zu stellen.